

Pressemitteilung vom 09.04.2020

## **Willkür mit Ansage – Sozialbehörde sperrt sich gegen die geordnete Evakuierung der Lindenstraße auf Kosten der Bewohner\*innen**

**Seit Wochen demonstrieren Bewohner\*innen der Lindenstraße für ihr Recht, an den verbindlich vorgeschrieben Corona-Abstandsregeln teilzuhaben. Die Sozialbehörde hat es sträflich versäumt, das zu ermöglichen. Jetzt setzt sie statt dessen Repression gegen die Bewohner\*innen ein.**

Nachdem mindestens zwei weitere Personen in der Massenunterkunft Lindenstraße am gestrigen Mittwoch positiv auf Corona getestet wurde, werden Bewohner\*innen nun offenbar willkürlich und damit rechtswidrig in der Unterkunft festgehalten. Die Bewohner\*innen werden nicht über ihre Lage informiert. Polizei und Mitarbeitende sind augenscheinlich angesichts der unhaltbaren Zustände in der Lindenstraße nicht in der Lage, Maßnahmen zum Schutz vor Verbreitung des Virus sachgerecht, rechtskonform und in Kooperation mit den Bewohnenden umzusetzen.

Stattdessen werden Infizierte und Kontaktpersonen jetzt offensichtlich in nicht zum Wohnen geeigneten Baucontainern auf dem Parkplatz vor der EAE isoliert.

„Sie machen mit uns hier, was sie wollen und die Menschen draußen bekommen das gar nicht mit. Sie sprechen nicht mit uns und sperren uns willkürlich ein. Wir haben Angst!“, beschreibt M. Azadi, ein Bewohner der Lindenstraße die Situation vor Ort.

Auch in der vierten Corona-Woche hat das Sozialressort noch immer nicht damit begonnen, die auf der Hand liegenden Forderungen der Bewohner\*innen umzusetzen:

- **Alle Bewohnenden müssen Zugang zu Tests erhalten.**
- **Die vom Senat selbst verordneten Abstandsregeln müssen endlich auch für die Menschen in der Lindenstraße gelten, die dies selbst seit 3 Wochen öffentlich fordern.**
- **Angemessene und würdige Quarantäne-Bedingungen für die infizierten Bewohner\*innen.**
- **Sofortige Auflösung der Massenunterkunft zugunsten dezentraler Unterbringung und zum Schutz aller.**